

Erstet täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.
Angehörigen der Redaction:
Donnerstags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Manuskripte eingereichte Manuskripte macht die Redaction nicht verantwortlich.
Angehörigen der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Anzeigen an Wochentagen bis 8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Fällen für Auf. Anzeigen: Otto Klemm, Unterstadtstr. 22, vom 1. März, Anzeigenstr. 19, p. 1 bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Belegblätter 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegblätter 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postförderung 36 Pf. mit Postförderung 45 Pf. Inserate 50 Pf. Zeitungs 20 Pf. Größere Schriften laut ansehnlicher Preisberechnung. — Labels, Anzeigen nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionstempel 1/2 Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachnahme.

N^o 130.

Sonnabend den 10. Mai 1879.

73. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 11. Mai nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Nach den Beschlüssen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Durchschnittsleistung des hiesigen Weizenjahres im Monat April d. J. nahezu das 16fache der Normalweizenleistung bei 0,493 spec. f. h. Gewichte.
Leipzig, den 8. Mai 1879.
Die Deputation zur Weizenkult.

Waldgras-Verpachtung.

Die diesjährige Grasnutzung im Rosenfeld-Revier soll Mittwoch den 14. Mai d. J. in einzelnen Parzellen gegen sofortige Erlegung des Pachtzinses nach dem Aufsatze und unter dem im Termine noch näher bekannt zu machenden Bedingungen an den Meistbietenden verpachtet werden.
Zusammenkunft: Nachmittags 3 Uhr am neuen Wehre an der Gohliser Mühle.
Leipzig, am 8. Mai 1879.
Des Raths Forstdeputation.

Die Novelle zur Gewerbeordnung.

Dem Reichstage ist die von dem Präsidenten des Reichskanzleramts am Beginn dieser Session in Aussicht gestellte Novelle zur Gewerbeordnung wie erwähnt zugegangen. Der Entwurf betrifft Bestimmungen über die Privatwerkstätten, über die Gast- und Schankwirtschaften und über die Pfandleiher. Von weitaus der größten Wichtigkeit ist der die Gast- und Schankwirtschaften betreffende Theil. Nach dem bisherigen §. 33 der Gewerbeordnung kann die Erlaubnis zum Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften nur im Falle des Mangels gewisser persönlicher Qualitäten verlangt werden. Außerdem kann für die Concessionirung von Brauwirtschaften durch die Landesregierungen die Bedürfnisfrage vorgeschrieben bzw. beibehalten werden. An Stelle dieser letzteren Bestimmung, welche als Absatz 3 des §. 33 figurirt, soll nunmehr das folgende treten: „Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß a. die Erlaubnis zum Ausschank von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus allgemein, b. die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Ausschank von Wein, Bier oder anderem, nicht unter a. folgenden geistigen Getränken in Ortschaften mit weniger als 15,000 Einwohnern, sowie in solchen Ortschaften mit einer größeren Einwohnerzahl, für welche dies durch Ortsstatut (§. 142) festgesetzt wird, von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig sein solle. Die Bestimmung des §. 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. Juni 1872, betreffend die Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 in Bayern, wird, soweit dieselbe den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betrifft, hiermit aufgehoben.“

Ueber die Schädlichkeit der unerbildungsmäßigen, ja erschreckenden Zunahme der Zahl der Wirtschaften ist man längst einig. Bedenken hegt man gegen die Wiedereinführung der Bedürfnisfrage für die Gastwirtschaften. In dieser Beziehung bemerkt die Motive: „Seiner Zeit ist der Vorschlag des Entwurfs zur Gewerbeordnung, welcher das Vorhandensein eines Bedürfnisses für die Errichtung einer Gastwirtschaft als Bedingung der Concessionirung hinstellte, von der Mehrheit des Reichstages deshalb abgelehnt worden, weil man einerseits der Polizeigewalt eine so discretionäre Entscheidung nicht überlassen, und andererseits nicht annehmen wollte, daß die Errichtung von Gastwirtschaften, welche immerhin aufgedehnte Räume zur Beherbergung von Fremden und zur Unterbringung der Gespanne erfordern und hierdurch erheblich kostspieliger werden, als bloße Schankwirtschaften, lediglich oder vorzugsweise zum Zwecke des Schankbetriebs ausgenutzt werden könne. Seitdem sind jedoch, was die Befürchtung vor polizeilicher Willkür anlangt, durch die Landesgesetzgebungen erhöhte Garantien des Schutzes für die öffentlichen Rechte der Staatsangehörigen theils geschaffen, theils in der Begründung begriffen, und es hat ferner die sichere Anschauung über die in der größeren Kostspieligkeit der Gastwirtschaften liegende Sicherung durch die bisher gemachten Erfahrungen keine Bestätigung, sondern im Gegentheil ihre Widerlegung gefunden, indem gerade die Zahl derjenigen Gastwirtschaften, in welchen die Verabreichung geistiger Getränke, nicht aber die Fremdenbeherbergung den Hauptbetrieb ausmacht, den weitaus überwiegenden Theil des herangezogenen Zuwachses an Wirtschaften nachgewiesenermaßen bildet. Die Vorlage will die Erlaubnis zum Wirtschaftsbetriebe nicht unbedingt von der Bedürfnisfrage abhängig machen. Sie ist zunächst dabei stehen geblieben, daß die Prüfung des Bedürfnisses nur dort Platz greifen soll, wo die Landesregierungen dies für nötig erachten. Sodann hält die Vorlage eine solche Prüfung der Regel nach nur in Orten mit geringerer Einwohnerzahl für möglich und zweckmäßig.“

Der fünfte Tag der Bolkdebatte.

Berlin, 8. Mai. Immer höher und höher steigt sich das Interesse für die Generaldebatte über den Zolltarif, nicht bloß wegen der schneidigen Gegensätze, die sich innerhalb der Parteien und gegenüber der Regierung in dramatischer Weise manifestiren, sondern auch wegen der persönlichen Differenzen und des leidenschaftlichen Tons, den die Discussion annimmt. Obwohl die Wirtschaftliche Vereinigung, welche die Mehrheit des Hauses repräsentirt, vor der Plenarsitzung sich darüber einigte, daß heute der Schlag der Generaldebatte herbeizuführen sei, scheiterte dieser Plan doch an dem Umstande, daß noch viele Mitglieder, darunter Dr. Braun, Rickert, Berger, Stumm, v. Reifferscheidt u. s. w. sowie die Socialdemokraten und Polen noch nicht zum Worte gekommen sind. In dessen wird wohl die Generaldebatte morgen geschlossen werden, nachdem sie heute durch die Theilnahme des Reichskanzlers ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte. Diesen hat die Rede des Abg. Passler zu einer Erörterung veranlaßt, welche sogar die Intervention des Präsidenten v. Forckenbeck notwendig machte. Während dieser den Abg. Passler gegen die Ausführungen des Reichskanzlers zu schützende und dabei auch die Herren am Bundesrathstische aufforderte, in den Schranken der Mäßigung zu bleiben, glaubte der Reichskanzler sich der Disciplinargewalt des Reichstagspräsidenten entgegen zu stellen, indem er bemerkte, daß er als Präsident des Bundesrathes Nichts von seinen Äußerungen zurückzunehmen und Nichts hinzuzufügen habe. Der Abg. Passler schloß diese Episode damit ab, daß er bei einer persönlichen Bemerkung, welche der Reichskanzler nicht mehr auszuweichen vermochte, seine angelegentlichsten Bemerkungen über mangelhafte Gesetzgebungs- und Ungehörigkeiten des Reichskanzlers richtig stellte. Die Reden der Abg. Passler und Windthorst in der heutigen Sitzung bezeichneten die differirenden Ansichten, welche ein Theil der Nationalliberalen und das Centrum zu den Vorlagen einnehmen. Während Passler an mehreren Stellen seiner Rede, theils direct, theils indirect den Abg. v. Bennigsen angriff, in vehementer Sprache des Reichskanzlers Bestrebungen einer herben Kritik unterzog, die Streichung der Finanzhülle verlangte, die constitutionelle Frage mit Ja oder Nein entschieden und keine Schein-Parantien annehmen wollte, entwickelte der Abg. Windthorst das Programm der Ultramontanen, ohne dabei neue Momente zur Sprache zu bringen. Ob das Centrum die Finanzhülle bewilligen wird, ist heute noch ebenso fraglich wie vor Wochen. Zur Vorfrist sagte der Abg. Windthorst seinen Ausführungen nur hinzu, daß er einige Finanzhülle bewilligen werde, wenn die Schatzkammer zur Deckung der Matricularumlagen nicht ausreichen sollten.

Aus dem Sitzungsberichte haben wir die folgenden Debatten specialiter hervor:

Abg. Passler knüpfte zunächst einige Bemerkungen an die Rede des Herrn Commissars (Burckard), namentlich geht er auf die Identificirung durchgehender Baaren zum Zweck des Erlasses des Eingangszolles ein, die Herr v. Bennigsen vorsehern bezüglich des Betriebes berührt hatte. Dann fährt er fort: Der Abg. v. Bennigsen hat unsere wirtschaftliche Entwicklung so dargestellt, als sei sie durch die schwerwiegenden Fehler der Mehrheit dieses Hauses, insbesondere seiner freihändlerisch gesinnten Mitglieder, in neuerer Zeit compromittirt worden und wir müßten nun die Folgen davon tragen; durch welche Schuld diese Fehler gemacht seien, sei gleichgültig. Doppelt frächtige Gründe muß man aber abdammen von denen so fern, daß dieses Gesandnis ablegen und nun verlangen, daß man ihnen auf ihrem neuen Wege folgen soll. Denn die Geschichte ertheilt die Warnung, nicht unbedingt auf die Worte des Meisters zu schanden, der selbst einsehend, Fehler auf Fehler begangen zu haben. Die Vorlage, betreffend die Veränderung der Eisenhülle, wurde von der Regierung eingebracht und durch die Mehrheit so ermächtigt, daß selbst die Schatzkammer zufrieden waren. Die Aufhebung oder Ermäßigung der Eisenhülle fand statt zu Gunsten der Landwirtschaft, nicht der Freihändlerpartei zu Liebe. Ferner soll sie auf den Nachschuß, den diese selbstherrliche Politik hervorrief, nicht gehen und die Unternehmung des Reichthums nicht behindern. Aber die Enquete wurde abgewiesen, weil die Regierung sie bekämpfte; wir haben die

Einführung von Specialquoten für Baumwolle, Eisen und Tabak gefordert, weil von ihnen eine objectivere Unternehmung zu erwarten war. In der That sind auch die beiden letzteren vortrefflich ausgefallen, die aber Baumwolle hat nur dazu genutzt, daß einzelne Motive mißverständlich in die Reinerwartungsbildung übergenommen worden sind, so daß es scheint, als ob sie das Gegentheil von dem sagen, was sie thatsächlich sagen. (Sehr wahr! links.) Die Frage der Eisenhülle auf ihrer eigenen Grundlage zu lösen, hat die Regierung keinen ersten Versuch gemacht. Wir kennen den Nachschuß der Bergwerksbesitzer, dem sich die Börse angeschlossen hat. Aber dieselben Herren, die jetzt Helden der Bereinigung der 304 sind, gaben im Privatgespräch zu, daß der Zoll der Eisenindustrie nicht helfen könne. Das Zeugnis der Worte in der Eisenhülle ist nur mit größter Vorsicht aufzunehmen. Ihr Interesse an der Eisenindustrie besteht nur darin, daß die industriellen Wertpapiere, die noch in ihrem Besitz sind, steigen. So wurde die Disconto-Genossenschaft als Besitzerin von 16 Millionen Mark Dortmund Union plötzlich eine ungemessene Stütze der Schatzkammer. Wenn die Vorschläge der Taricommission durchgehen, so steigt dieses Papier sicher um 10 Prozent, d. h. um 1 1/2 Millionen Mark. Das die Disconto-Genossenschaft ihre eigenen Geschäfte im Auge hat und bei uns so viel durchzusetzen sucht, als sie kann, so ist das ganz lokal; aber ein unparteiischer Zeuge bei dieser Bewegung ist sie nicht. Das ist hier ein Interessenvertretung handelt, ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Stabilität dieser Bewegung haben sehr rasch gemerkt. Viele, die ein Compromiß mit dem Programm des Reichskanzlers vom 15. December 1878 nicht für möglich hielten, vertheidigen heute den modificirten Plan eifrig. Während jenes Programm allgemeine oder mögliche Besteuerung verbot, hat der Tarif den Gedanken, sämtliche Industrien der ausgleichenden Gerechtigkeit halber zu besteuern, ausgesprochen. Ich kann diese Unabhängigkeit der Taricommission von dem die Industrie sehr schädlichen Programm des Reichskanzlers nicht spüren, daß er mit mangelhafter Sachkunde abgelehnt ist. Nun hat der Abg. von Barnhölzer den Freihändlern vorgeworfen, daß sie durch Verweigerung der Enquete jene Risiken nicht, die er einstimmig verschuldet haben. Die Regierung aber hat ja selbst die Enquete bekämpft. Hätten aber auch die Freihändler die Schuld, so dürfte man doch nicht das ganze Land für diesen Fehler büßen lassen, den die Regierung selbst moralisch bewirkt hat. Von dem neu ausgearbeiteten System landwirtschaftlicher Hülle werden die Kornhülle irrig als Schwerpunkt des Ganzen behandelt. Viel bedeutender für die Landwirtschaft sind die Hülle auf Holz, geschlachtetes Fleisch und Fette. Wer aber glaubt, daß die geringen Kornhülle als Austausch für industrielle Hülle der Landwirtschaft helfen können, der muß die neue Situation würdigen, welche der Preiswechsel zwischen Herrn von Thünen und dem Reichskanzler eröffnet hat. (Sehr richtig!) Dieser Preiswechsel hat Alles überholt, was bisher irgendwie als wirtschaftliche Politik der Regierung gedacht worden ist. (Sehr wahr!) Er ist die einfache unbedingte Annahme des Agrarprogramms nicht in seiner berechneten, sondern in seiner agitatorischen Bewegung. (Sehr wahr!) Ein Theil der Landwirtschaft will landwirtschaftliche Hülle als Ausgleich, ein anderer als Wache für die Industrie. In dieser Coalition der Landwirtschaft mit der Industrie haben augenblicklich die Industriellen gesiegt, die jetzigen Kornhülle sind den Industriellen nicht äquivalent, aber in der nächsten Session schon wird die Landwirtschaft den von Herrn v. Thünen georgenen und vom Reichskanzler acceptirten Wechsel auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Hülle zur Einführung präsentieren. (Sehr wahr!) Sie eröffnen damit einen principellen Krieg zwischen der Landwirtschaft und den Städten. Ich bin in dieser Frage vollständig unparteiisch, sowohl nach meiner Hebung als nach meiner Vertretung hier im Hause. Als Unparteiischer muß ich nun sagen, daß der mit dieser Maßregel eingeleitete Bruch zwischen Stadt und Land von wirtschaftlichen auf das politische Gebiet sich ausdehnen wird. Ruhe ist nicht zu erwarten, weder die Landwirtschaft noch die Städte werden den Kampf für ihre Interessen, die sie durch diesen Tarif nicht genügend gewahrt resp. beeinträchtigt glauben, aufgeben. Ich glaube, die Landwirtschaft ist nicht für Schatzkammer geeignet in dem Sinne, daß sie dadurch zu einem selbstständigen Gewerbe großgezogen werden könne, eine Jahrhunderte alte Industrie, wie die Landwirtschaft, kann man auf diesem Wege nicht schädigen. Ich will gern für die Landwirtschaft, d. h. bei Befreiung der sie ungewohnt gravirenden Differentialtarife, das Möglichste thun, aber diesen verführerischen Weg, der, ohne Ruhe zu bringen, eine weite Kluft in der Politik eröffnet, will ich nicht mitmachen. Ich behaupte, daß die preussischen Verhältnisse zur Grundlage der Reich-

finanzpolitik gemacht werden, daß ist keine nationale, sondern eine particulare Politik. (Sehr richtig!) Aber der Reichskanzler ist ein so wichtiger Factor in der Regierungspolitik, daß ich ihm auf diesem Wege bis zu einem gewissen Punkte folgen muß. Ich muß Sie dringend warnen, als objectiv treffend demjenigen Glauben zu schenken, was der Reichskanzler über die Besteuerungsverhältnisse der Landwirtschaft in seiner Freitagrede gesagt hat. Ganz unbewußt, wie ich voraussetzte, aber größere Uebertreibungen wegen Ueberehrung als in dieser Rede habe ich niemals, auch nur aus dem Munde eines Abgeordneten gehört (weiter links). Wenn dieser Zustand in der That in Preußen wäre, wie der Reichskanzler erklärt, dann wäre unentbehrlich, daß nicht schon längst die Landwirtschaft vollständig bantrott wäre. Der Reichskanzler hat aufgerechnet, daß die Landwirtschaft im Minimum 10 Proc. in localen Steuern und mit den Zuschlägen in den Gemeinden 20 Proc. ihres wirklichen Einkommens zahlt. Das steigere sich bei einer Verschuldung bis zur Hälfte, die nicht Seltenes ist, bis auf 40 Proc. Die Rechnung ist aber nicht richtig. Der Reichskanzler schätzt die Gebäudesteuer auf dem Lande von 2 bis 5 Proc. und behauptet, daß, weil dieselbe nicht contingent ist, der Landwirth für jedes neue für seinen Betrieb nötige Gebäude eine neue Steuer zahlen müsse. Der Reichskanzler kennt die Gesetz seines Landes, die er zur Grundlage seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik macht, in diesem wichtigen Punkte gar nicht, denn geistlich sind landwirtschaftliche Gebäude frei von jeder Gebäudesteuer. (Wahr! links.) Wenn Sie den jetzigen Inhabern der Güter die vom Reichskanzler so hart getadelte Grundsteuer erlassen wollten, so würden Sie ihnen einfach mit einer Milliarde ausbilden. Diese Milliarde für den Grundbesitz würde aufgebracht werden müssen durch Hölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, die gerade den armen Mann am härtesten treffen. Das Holt wird einsehen, daß dies eine Finanzpolitik der Besitzer gegen die Nichtbesitzer sein würde. (Sehr wahr!) In dem Programm sind drei Modificationen hervorzuheben. Der Reichskanzler will die directen Steuern bis auf eine Kleinigkeit aufheben. Dazu sind 140 Millionen indirecter Steuern nötig. Rechnet man das Deficit hinzu, so ergibt sich eine Summe von circa 300 Millionen. Dazu muß im Reiche eine Landwirtschaftspolitik eingeleitet werden, mit der allerdings die preussischen Kollegen des Reichskanzlers nicht einverstanden sind. Da nach Auskunft des Ministers Hohrecht diese Vorlagen nicht über 166 Millionen ergeben werden, so sind noch ca. 130 Millionen zur Ausführung dieses Planes erforderlich, ohne daß das Reich einen Biennium von den neuen Steuern für sich erhält. Dabin führt also diese Finanzpolitik. Der Minister Hohrecht hat in seiner offenen, schlichten Erklärung — das Wort „Rückwärts“ in Bezug auf die Politik des Reichskanzlers hat er im stenographischen Bericht weglassen (weiter links). — sich mit dem aus dieser Vorlage resultirenden 166 Millionen einverstanden erklärt. Der Minister Hohrecht hat nur die Politik des Fürsten Bismarck in dieser Session zu vertreten, wir aber müssen die Absichten des Reichskanzlers für unsere zukünftige finanzielle Entwicklung im Auge behalten. Das Programm des Ministers Hohrecht ist das zweite. Das dritte ist das des Abgeordneten v. Bennigsen; dieser will unter Ermäßigung der Schatzkammer um 90 Millionen als Finanzergebnis. Ich kann das Programm des Reichskanzlers nicht annehmen, weil ich es für das größte Unheil halten würde, durch Hülle auf nothwendige Lebensmittel, welche die untersten Volksschichten durch Verbeihaltung einer Einschränkung der Consumtion relativ am härtesten belasten müssen, den Grundbesitz und das Vermögen vollständig von der Besteuerung zu entlasten. Kein civilisirtes Land der Welt hat eine solche Politik bewagt eingeleitet, wenn es nicht überkommen hat als ein Uebel aus vergangenen Zeiten. (Sehr wahr! links. Auf: Hoch! rechts.) Wenn Sie sagen, daß wir in der Entwicklung des indirecten Steuerwesens, d. h. hinter Amerika und Großbritannien zurückgeblieben sind, so haben Sie außer Acht gelassen, daß wir im Vergleich zu diesen Ländern jährlich 850,000 arbeitende Männer zu den Fahnen stellen müssen. Es ist ja auch notwendig, daß in Preußen mindestens die Hälfte der rechtswilligen Einkommensteuer nicht entrichtet wird. (Auf: die Landwirthe gehören nicht dazu!) Auch die Landwirthe haben Aktien, aus denen das Einkommen nicht zur Cognition kommt. Ueber die Realität einer Reform der directen Steuern in Preußen kann ich hier nicht discutiren, aber ich will Erhaltung der directen Steuern neben den indirecten, weil dadurch allein eine gewisse Ausgleichung herbeigeführt werden kann zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden. (Unterbrechung.)

Präsident von Forckenbeck: Ich bitte, den Herrn Redner nicht durch Rufe zu unterbrechen. Die Rufe kann ich weder der Person noch dem Inhalte nach controliren, und ich erkläre offen, wenn ich den